



Schaffrin, André

Wer bezahlt den Klimawandel? Eine empirische Analyse der sozialen Verträglichkeit politischer Instrumente

André Schaffrin, Universität zu Köln, Graduiertenkolleg SOCLIFE, schaffrin@wiso.uni-koeln.de

Sektionsveranstaltung: Global denken, lokal handeln? Oder: Die Ungleichverteilung von Umweltrisiken in der Weltgesellschaft

Während Ansätze zur Bekämpfung der globalen Erwärmung und des Klimawandels allgemein auf großes wissenschaftliches und öffentliches Interesse treffen, sind Wirkung und soziale Verträglichkeit dieser zumeist an ökonomischen und technischen Effizienzkriterien ausgerichteten Strategien bisher nur unzureichend untersucht. Nationale und internationale politische Instrumente zur Reduzierung von Treibhausgasen stehen deshalb im Verdacht, anderen gesellschaftlichen Zielen der sozialstaatlichen Umverteilung und Vermeidung von Einkommensungleichheiten entgegenzuwirken. Mit Bezug auf die Umwelt- und Wohlfahrtsstaatsforschung untersucht dieses Papier den Einfluss von nationalen Instrumenten zur Klimaminderung auf individuelle Lebenslagen und Einkommensungleichheit. Es wird argumentiert, dass nationale Wohlfahrtsstaatsarrangements sowohl die Einführung als auch die soziale Verträglichkeit bestimmter Klimapolitiken begünstigen oder vermindern. Klimaminderungslösungen, welche einer inhärenten Marktlogik folgen, fokussieren auf Effizienz und weniger auf soziale Verträglichkeit, während regulative Instrumente gezielt zur sozialen Umverteilung eingesetzt werden können. Niedriglohngruppen sind demnach besonders von Klimapolitiken betroffen, wenn diese ausschließlich zur Minderung von Treibhausgasen konzipiert sind, so zum Beispiel im Bereich Wohnen und Transport. Dieser Effekt ist erwartungsgemäß in den Ländern am größten, in denen keine ausreichende soziale Absicherung existiert. Untersucht wird diese Fragestellung anhand eines Mehrebenenansatzes, welcher soziale Ungleichheit auf Länder- und Individualebene in die Analyse einbezieht. Es werden Individualdaten der *Luxembourg Income Study* mit nationalen Klimapolitiken zur Wohnsituation und Transport kombiniert.